

Oberwalliser Umwält News

Umwelt

Nr. 15 – November 2016

Oberwalliser Umwält News
Ebnetstrasse 21, 3982 Bitsch
kampagne-vs@bluewin.ch



pro natura



am 27. November
zum geordneten
Atomausstieg bis 2029
geordneter-atomausstieg-ja.ch

Ja zum geordneten Atomausstieg!

In der Schweiz stehen die ältesten Atomkraftwerke der Welt. Die Gefahr einer Katastrophe steigt. Die Volksinitiative für den geordneten Atomausstieg verlangt, dass die Atomkraftwerke spätestens nach 45 Jahren Betrieb vom Netz gehen. Am 27. November stimmen wir darüber ab.

Tschernobyl und Fukushima haben es eindrücklich gezeigt: Atomunfälle geschehen. In der dicht besiedelten Schweiz wäre ein solcher Unfall ebenfalls katastrophal. Bis zu 1 Millionen Menschen wären unmittelbar betroffen und weite Teile des Mittellandes würden unbewohnbar, die Gewässer würden verseucht. 14 Kantone liegen im erhöhten Gefahrenbereich von 50 Kilometern um die fünf Schweizer AKW. Doch ausgerechnet wir sitzen auf dem ältesten AKW-Park der Welt. Dieser wird zudem immer unsicherer. Zentrale Reaktorteile altern und können nicht ersetzt werden. Sogar die Schweizer Atomaufsicht ENSI warnt inzwischen davor. Keine Versicherung der Welt trägt die Risiken.

Weltweit kaum mehr neue AKW

Unterdessen treibt die Energieproduktion der AKW die Betreiber nahe an den Ruin. Sie hoffen auf unrealistische Preise und den

rettenden Staat – und produzieren weiter hochgefährlichen Atommüll, dessen Entsorgung kaum je bezahlt werden kann. Weltweit werden AKW-Neubauten gestoppt oder verzögert, weil sie zu kostspielig sind. Nur noch Atommächte propagieren AKW-Projekte als Nebenprodukt ihrer Waffenindustrie.

Initiative ermöglicht verbindliche Abschalt-Termine

Der Atomausstieg ist bei der Bevölkerung unbestritten. Das Parlament legt in der Energiestrategie 2050 dafür jedoch keinen verbindlichen Plan vor. Hier setzt die Initiative an. Diese legt die schrittweise Abschaltung der fünf Reaktoren fest: Die drei überalterten AKW Beznau 1 und 2 sowie Mühleberg im Jahr 2017, der Reaktor in Gösgen 2024 und das AKW Leibstadt 2029. Dies schafft Platz im Stromnetz, Klarheit in der Politik und Investitionssicherheit für die Wirtschaft. Der

geordnete Atomausstieg bringt die erneuerbaren Energien voran, schafft Arbeitsplätze und fördert die Energieeffizienz.

Genügend alternative Energien

Die unzuverlässig gewordenen AKW sind auch ein Risiko für die Versorgungssicherheit der Schweiz. Werden sie durch erneuerbare Energien ersetzt, wird unsere Stromversorgung unabhängiger und zuverlässiger. Heute stehen genügend erneuerbare Kapazitäten zur Verfügung, um mit dem Ausstieg zu starten. Davon profitiert auch die Wasserkraft. Ihr Wert steigt wieder. ■

Der Ausstiegsplan bis 2029



Seit 2015
Beznau I*
abgeschaltet

2017
Beznau II und
Mühleberg
abgeschaltet

2024
Gösgen
abgeschaltet

2029
Leibstadt
abgeschaltet

Atomstrom kontinuierlich durch
erneuerbare Energien ersetzt



*ungeplant vom Netz seit über 19 Monaten

Engagieren Sie sich!

In den Wochen bis zur Abstimmung werden wir jeweils am Freitagnachmittag auf dem Markt in Visp und am Samstagvormittag auf dem Bauernmarkt in Brig Flyer zum geordneten Atomausstieg verteilen. Möchten Sie uns dabei unterstützen? Melden Sie sich bei 079 456 95 54 oder per Mail:

kampagne-vs@bluewin.ch

Danke für Ihre Spende

Mit dem beiliegenden Einzahlungsschein unterstützen Sie die Oberwalliser Umweltorganisationen im Kampf für den geordneten Atomausstieg.

Herzlichen Dank im Voraus!

Ältester AKW-Park der Welt steht in der Schweiz

Die Risiken der Atomtechnologie sind nicht kontrollierbar. Spätestens seit Tschernobyl und Fukushima wissen wir, wie gefährlich Atomkraftwerke tatsächlich sind und welche verheerenden Folgen ein Atomunfall für Land und Leute haben kann. Zudem sind die AKW unrentabel und sehr teuer. Kurz gesagt: Sie sind ein Auslaufmodell und es gibt keine guten Gründe, sie nicht vom Netz zu nehmen.

Nach der Nuklearkatastrophe in Fukushima mussten mehr als 100'000 Menschen evakuiert werden. Viele leben auch fünf Jahre später in provisorischen Baracken. Japan beziffert den volkswirtschaftlichen Schaden auf über 200 Milliarden Franken. Rund um Tschernobyl sind auch 30 Jahre nach der Katastrophe mehr als 10'000 km² Land wirtschaftlich nicht nutzbar. Fünf Millionen Menschen leben in offiziell als verseucht deklarierten Zonen.

Auch das Problem der sicheren Entsorgung der radioaktiven Abfälle ist nach wie vor ungelöst: Bis heute existiert trotz jahrzehntelanger Forschung und Milliardeninvestitionen weltweit kein einziges Endlager für langlebigen, hochradioaktiven Atommüll. Auch in der Schweiz wird frühestens nach 2060 ein Endlager gebaut. Die Kosten, die wir dabei den nachfolgenden Generationen aufbürden sind immens. Und dennoch setzt die Atomwirtschaft international ebenso wie hierzulande auf das Prinzip Hoffnung.

Die ältesten AKW weltweit

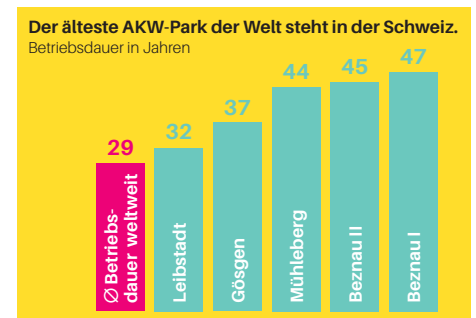
Die Schweiz leistet sich den ältesten AKW-Park der Welt und mit Beznau 1 sogar das älteste AKW der Welt. Es steht im 47. Betriebsjahr und hat mit gravierenden Sicherheitsproblemen zu kämpfen, die sich mit keinen Nachrüstungen beheben lassen. Zudem wurde noch nie ein AKW länger kommerziell betrieben als Beznau 1. Zentrale

Bauteile wie der Reaktor lassen sich nicht erneuern. Sie altern vor sich hin. Damit ist das Risiko massiv erhöht, dass auch hierzulande ein Unglück geschieht. Auch wenn die Wahrscheinlichkeit eines schweren Reaktorunfalls statistisch gesehen gering ist, gibt es keine absolute Sicherheit, auch nicht in hoch industrialisierten Ländern mit hohen Sicherheitsansprüchen. Die Beteuerungen der Atomindustrie, wie unwahrscheinlich ein Super-Gau sei, wurden in Tschernobyl und Fukushima eindrücklich widerlegt.

Die Atomsicherheitsbehörde ENSI hat das Parlament um ein griffigeres Gesetz gebeten, damit sie ihre Aufgabe besser wahrnehmen kann. National- und Ständerat haben aber wichtige Instrumente wie z.B. Langzeitbetriebskonzepte für AKW ab 40 Jahren verworfen. Die von der Initiative für den geordneten Atomausstieg verbindlich festgelegten maximalen Laufzeiten stellen sicher, dass die AKW nicht «bis auf die Felgen» betrieben werden und verhindert damit, dass die finanziell angeschlagenen AKW-Betreiber ihre betriebswirtschaftlichen Überlegungen vor die Sicherheit der Bevölkerung stellen.

AKW sind unrentabel und teuer

Der Atomstrom ist bereits heute teurer als Strom aus Wasserkraft. Kommt hinzu, dass die Kosten für die Entsorgung des Atom- mülls, die eigentlich dem Atomstrom aufgebürdet werden müssten, von den Betreibern



Quelle: World Nuclear Industry Status Report 2016

viel zu tief veranschlagt werden. Alleine auf die AKW Gösgen und Leibstadt warten in den nächsten fünf bis zehn Jahren Investitionen von gegen einer Milliarde Franken, wenn sie weiterbetrieben werden sollen. Die Kosten für die Stilllegung, für welche die Betreiber gemeinsam einen Fonds öffnen müssten, sind jedoch noch höher, weshalb die Betreiber lieber in den unrentablen Weiterbetrieb investieren und auf steigende Strompreise hoffen oder auf eine staatliche Auffanggesellschaft, wie die Enthüllungen der Alpiq im letzten März gezeigt haben. Die Risiken für den Weiterbetrieb übernehmen jedoch wir alle, denn keine Versicherung der Welt deckt Schäden aus Atomunfällen. Auch nicht in der Schweiz.

Die Schweiz bezahlt jährlich rund 180 Millionen Franken für den Kernbrennstoff Uran. Geld, das besser im Inland investiert würde. Die Produktionskosten für erneuerbare Energien sinken laufend. Die Atomkraft hingegen kämpft mit steigenden Grenzkosten. Das zeigt die Preisentwicklung der letzten Jahre deutlich.

AKW sind ein Auslaufmodell

Überall, wo neue AKW gebaut werden, sind sie auf starke staatliche Stützung angewiesen. Nur noch in wenigen Ländern, allen voran China, hat die Atomenergie Aufwind. Aber selbst dort übersteigt der Zubau an erneuerbaren Energien denjenigen der Atomkraft bei weitem. Andernorts scheitern AKW-Vorhaben, werden verschoben oder gestrichen, und alte Kraftwerke werden vom Netz genommen. Mittlerweile werden jährlich wesentlich mehr Kapazitäten für erneuerbare Energien geschaffen als für AKW. ■

Quelle: geordneter-atomausstieg-ja.ch



Nuklearkatastrophe in Fukushima: Satellitenfoto der Reaktorblöcke 1 bis 4 (von rechts nach links) am 16. März 2011 nach mehreren Explosionen und Bränden.

Es gibt genügend Ersatz für die Atomkraftwerke

Das Parlament hat den Atomausstieg beschlossen, aber keinen Plan dafür vorgelegt. Doch ein solcher ist wichtig für einen geordneten Atomausstieg, der Planungssicherheit und Arbeitsplätze schafft. Ersatz für die AKW gibt es genügend. Kaum ein anderes Land ist besser positioniert für die Energiewende als die Schweiz mit ihren Wasserkraftwerken und dem grossen Potenzial für neue erneuerbare Energien.



Montage einer Photovoltaik-Anlage auf einem Hausdach. Foto: Greenpeace

Nach drei Jahren Debatte haben die eidgenössischen Räte das erste Massnahmenpaket zur Energiestrategie 2050 angenommen. Die Strategie weist der Schweiz den Weg in die Energiezukunft. Bis 2050 soll unsere Energieversorgung vor allem auf Energieeffizienz und erneuerbaren Energien basieren. Das Parlament hat auch den Atomausstieg beschlossen, es aber leider verpasst, diesen zentralen Teil der Energiestrategie verbindlich zu regeln. Einzig ein Neubauverbot wurde im Gesetz festgeschrieben. Regelungen zur schrittweisen Ausserbetriebnahme der AKW fehlen. Die Initiative für den geordneten Atomausstieg schliesst diese Lücke und sorgt dafür, dass die AKW gestaffelt und geordnet vom Netz gehen.

Genügend Ersatz für die AKW

Die Technologien zur Nutzung erneuerbarer Energien sind vorhanden, praxiserprobt und bezahlbar. Kaum ein anderes Land ist besser positioniert für die Energiewende als die Schweiz. Sie verfügt über genügend Potenzial, ihren gesamten Strombedarf aus Wasser, Wind, Biomasse, Sonne und Erdwärme zu generieren. Hinzu kommen Massnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz.

Wird die Initiative angenommen, werden Ende 2017 die drei kleinsten AKW vom Netz gehen, welche 15 % der Schweizer Stromproduktion ausmachen. In Tat und Wahrheit ist deren Produktion bereits heute durch er-

neuerbare Energien ersetzt: In der Schweiz sind KEV-Anlagen in Betrieb, die pro Jahr rund 3.4 Terawattstunden Strom erzeugen. Dazu kommen Investitionen der grossen Schweizer Energieversorger in Anlagen zur Produktion erneuerbarer Energie im Ausland. Diese liefern pro Jahr mehr als 6.5 TWh Energie. Die beiden leistungsfähigeren AKW Gösgen und Leibstadt würden bis Ende 2024 respektive 2029 weiterlaufen. Bis dahin ist der vollständige Ersatz durch einheimische erneuerbare Energie machbar. Gemäss KEV-Stiftung erhielten bis Ende Juni 2016 inländische Anlagen für zusätzliche 3.8 TWh Jahresproduktion einen positiven Finanzierungsentscheid und werden in den nächsten Jahren gebaut. Projekte für weitere 6.4 TWh befinden sich auf der KEV-Warteliste.

Unabhängiger von Importen

Sonne und Wind stehen praktisch unerschöpflich zur Verfügung. Sie müssen im Gegensatz zu Erdöl, Gas und Uran weder beschafft noch angeliefert werden. Sie sind vor Ort verfügbar und machen uns unabhängig von teuren Rohstoffimporten. Zudem ergänzen sich Wasserkraft und Solar- und Windkraftwerke optimal: Die in den Stauseen gespeicherte Energie versorgt die Schweiz dann mit Strom, wenn weder Sonne noch Wind verfügbar sind. Eine Energieversorgung auf der Basis von erneuerbaren Energien und Energieeffizienz garantiert uns grösste Versorgungssicherheit und löst uns

langfristig aus teuren fossilen und nuklearen Abhängigkeiten.

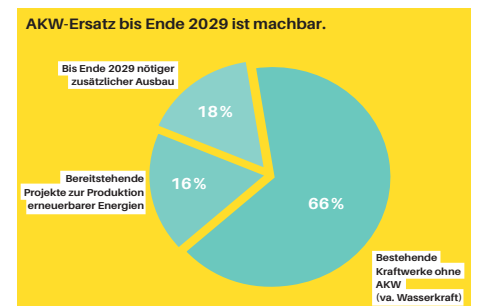
Die Energiewende sichert Arbeitsplätze

Der Betrieb eines AKW schafft nur wenige Arbeitsplätze. Ganz anders sieht es bei den erneuerbaren Energien aus. Sie schaffen dauerhafte Arbeitsplätze im Inland, insbesondere auch in strukturschwachen Regionen. Die erneuerbare Energiewirtschaft hat in Deutschland in den letzten 20 Jahren 27 AKW in der Grösse von Mühleberg mit erneuerbaren Energien ersetzt und dabei rund 300'000 Arbeitsplätze geschaffen. Mit fixen Abschaltterminen lässt sich der Zubau bei Erneuerbaren planen. Dies sorgt auch in der Schweiz für Tausende von Jobs.

Stromschwemme, nicht Stromlücke

Bisher ist keine der vorhergesagten Stromlücken eingetroffen. Ganz einfach, weil die Annahmen falsch waren. Unser künftiger Strombedarf kann vollständig mit erneuerbaren Energien und verbrauchssenkenden Massnahmen gedeckt werden. Das zeigen nicht bloss detailliert berechnete Gesamtenergieszenerarien der ETH Zürich, auch die vorsichtigen Berechnungen des Bundesamtes für Energie zeigen die realistischen Möglichkeiten des ökologischen Umbaus der Stromversorgung auf. Selbst eine rasante Entwicklung der Elektromobilität können wir bewältigen. Auch in Deutschland wurde immer vor der Stromlücke gewarnt. Der Zubau bei der Wind- und Sonnenenergie hat jedoch gar die grössten Optimisten überrascht und führt zur heutigen Stromschwemme. Ein Blackout gab es nicht. ■

Quelle: geordneter-atomausstieg-ja.ch



Zwei Drittel der Stromproduktion sind bereits erneuerbar, ein Drittel müssen wir noch zubauen. 100% entsprechen 66 TWh.

Rückblick: Widerstand gegen die Atomkraftwerke

Seit es Atomkraftwerke gibt, gibt es auch Widerstand gegen die Nutzung der Atomkraft als Energiequelle.

Vor siebzig Jahren forderte Ständerat Traugott Friederich Wahlen, die «Atomenergie für Kriegszwecke zu ächten, aber für friedliche Zwecke auch in der Schweiz zu nutzen». Schon bald wuchs um diese neue Grosstechnik ein eindrücklicher politisch-militärischer Apparat.

Widerstand gegen AKW Kaiseraugst

Der Widerstand gegen die Atomkraft war aber ebenso eindrücklich: Zuerst war er getragen von der Vision des Weltfriedens; denn auch in der Schweiz war die Mutter der Atomkraftwerke die Atombombe. Die Ostermärsche gegen Atomwaffen wurden die grössten Demonstrationen des Landes seit dem Generalstreik von 1918. Daraus wuchsen in den 1960er-Jahren als starke Säule des Umweltschutzes die «Aktionskomitees gegen Atomkraftwerke», die den Ausbau der Atomenergie bremsten: Der Kampf gegen das Atomkraftwerk Kaiseraugst vor 40 Jahren und die Beerdigung des Projektes 22 Jahre später ist ein Denkmal der Schweizer Geschichte. Fünf andere AKW – Beznau 1 und 2, Gösgen, Mühleberg und Leibstadt – wurden zwar gebaut, aber immer blieb die Forderung der Anti-Atomkraft-Bewegung: Ausstieg aus dem Atomstrom. Mit gewonnenen und mit verlorenen Abstimmungen.



Mehr als 15'000 Menschen versammelten sich am 6. April 1975 zu einer Demonstration auf dem Bauplatz des Atomkraftwerks Kaiseraugst. es dauerte dann aber noch 22 Jahre, bis das Projekt definitiv beerdigt wurde.

Impressum: Mitgliederinformation des Natur- und Vogelschutzvereins Oberwallis NVO, der Oberwalliser Gruppe Umwelt und Verkehr OGUV, der Pro Natura Oberwallis, des VCS Wallis und des WWF Oberwallis. **Redaktion und Layout:** Brigitte Wolf, Bitsch.

Druck: s+z:gutzumdruck, Brig-Glis. **Auflage:** 2000 Exemplare



Die «Lachende Sonne» ist das Logo der Anti-Atomkraft-Bewegung. Sie wird in vielen Ländern weltweit verwendet.

Stärkung der Wasserkraft

Für viele Walliser Gemeinden sind die Einnahmen aus Wasserzinsen überlebenswichtig. Doch diese Einnahmequelle wird immer unsicherer. Die Stromkonzerne wollen in Zukunft weniger oder gar keine Wasserzinse mehr bezahlen, weil das Wasser «nichts mehr Wert ist». Die Wasserkraft leidet bekanntlich unter dem Überangebot auf dem Strommarkt und unter tiefen Strompreisen. Hauptbetroffen von einer Schmälerung oder gar Abschaffung der Wasserzinse wären jene Berggemeinden und Regionen, bei denen die heutigen Wasserzinseinnahmen teilweise höher sind als alle übrigen Steuereinnahmen zusammen.

Abhilfe schaffen kann da der Ausstieg aus der Atomenergie. Spätestens seit dem Ausfall des AKW Beznau 1 ist offensichtlich: Je schneller die Atomkraftwerke vom Netz gehen, desto besser für die Wasserkraft. Der Atomausstieg sorgt für gute Preise und sichere Zinsen für die Wasserkraft. Das gilt mittel- und langfristig umso mehr, wenn die Solar- und Windstrommengen weiter zunehmen und die Schwankungen auf dem Strommarkt auszugleichen sind.

Die Interessengemeinschaft der Bündner Konzessionsgemeinden hat dies erkannt und einstimmig beschlossen, den 50 Mitgliedgemeinden ein JA zur Atomausstiegs-Initiative zu empfehlen. Die Walliser Konzessionsgemeinden tun gut daran, ebenfalls für den Atomausstieg einzustehen; denn die Energiewende und der schrittweise Atomausstieg stärken die Walliser Wasserkraft. ■